

Integration 2-04

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Bundesebene

IMES

Botschaft vom 8. März 2002 zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländern – die Beratungen im Parlament hat begonnen

Der Nationalrat hat während der Sondersession vom 3. – 7. Mai 2004 das neue Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer behandelt. Er ist dabei mit 115 zu 51 Stimmen auf das neue Ausländergesetz eingetreten und hat die Detailberatung begonnen. Diese wird in der Session vom 1. – 18. Juni 2004 weitergeführt. Im Rahmen der Botschaft zum neuen Ausländergesetz werden auch die Grundsätze und Ziele der Integration von Ausländerinnen und Ausländern festgelegt. Das entsprechende Kapitel wird während der Sommersession behandelt.

Stand der Beratung und weiter Informationen: www.parlament.ch/do-auslaendergesetz, [www.imes.admin.ch/news_info/auslaendergesetz/kurzdarstellung_aug_d.pdf](http://www.parlament.ch/www.imes.admin.ch/news_info/auslaendergesetz/kurzdarstellung_aug_d.pdf)

Neues Einbürgerungsrecht - Volksabstimmung vom 26. September 2004

Der Bundesrat hat am 28. April 2004 die Volksabstimmung zur Bürgerrechtsrevision auf den 26. September 2004 festgesetzt. Abgestimmt wird dabei über die erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der zweiten Generation wie auch zum Bürgerrecht bei Geburt für die dritte Generation. Informationen finden Sie dazu unter: www.imes.admin.ch/einbuergerung/revision/index_d.asp www.ejpd.admin.ch/d/dossiers/buerg_re/index.htm www.parlament.ch/do-buergerrecht

Neues Einbürgerungsrecht - Wir kommen zu Ihnen!

Möchten Sie direkt von uns über das geplante neue Einbürgerungsrecht informiert werden? Unsere Referentinnen und Referenten kommen gerne an Ihre Veranstaltung, informieren über die Bürgerrechts-Vorlagen und stehen für Diskussionen zur Verfügung. Auf Anfrage stellen wir Ihnen zusätzliches Informationsmaterial zur Verfügung.

Infos: **Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES)**, Mario Tuor, Informationsbeauftragter, E-Mail: mario.tuor@imes.admin.ch, Tel. 031 324 31 50

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Bundesebene

EKA

Volksabstimmung Bürgerrecht vom 26. September 2004

Die **Eidgenössische Ausländerkommission (EKA)** hat sich an ihrer Plenarsitzung vom 27. Januar 2004 einstimmig hinter die beiden Bürgerrechtsvorlagen gestellt. Sie wird sich deshalb in den kommenden Monaten aktiv an der Kampagne beteiligen. Am 24. Juni 2004 wird sie sich mit VertreterInnen der kommunalen und kantonalen Ausländerkommissionen austauschen. Dabei wird auch die Vorlage zur Bürgerrechtsrevision und die Kampagne diskutiert werden. Kontakte wird die Kommission auch zum Forum für Integration für Migrantinnen und Migranten FIM, zur Vereinigung der Secundas/Secondos und zu anderen Interessengruppen pflegen. Pascale.Steiner@imes.admin.ch

Jahresthema 2004 Integration und Habitat

Im Rahmen ihrer Arbeit zum Jahresthema hat die EKA Kontakte geknüpft und Hearings mit AkteurInnen in diesem Bereich durchgeführt. Dabei ist eindrücklich zum Ausdruck gekommen, dass schon zahlreiche Erfahrungen und Kenntnisse sowie erfolgreiche Projekte bestehen. Deren Vernetzung und Verbreitung müsste aber noch gestärkt werden. Hier nun die neueste oder geplante Aktivitäten im Bereich „Integration und Habitat“, an welchen die EKA beteiligt ist:

- Bestandesaufnahme von Projekten auf Quartierebene (*EKA in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Raumentwicklung, dem Bundesamt für Wohnungswesen und der Schw. Vereinigung für Landesplanung*);
- Förderung und Unterstützung von Personen, die im Alltagsleben eine Schlüsselfunktion innehaben: Hauswarte/innen, Fachpersonen in Liegenschaftsverwaltungen, Eigentümer/innen. (*vorgesehene Massnahmen der entsprechenden Verbände werden durch EKA begrüsst*);
- Unterstützung Projekt der Stadt Bern: Entwicklung einer transkulturell verständlichen Bildsprache für (Haus)Ordnungen – vergleichbar derjenigen des Strassenverkehrs
- Recherchen: Untersuchung zur juristischen Interpretation des Begriffs „angemessene“/ „bedarfsgerechte Wohnung“; Studie über die Mitberücksichtigung des Phänomens „Wohnen“ in den kommunalen und kantonalen Integrationsleitbildern (*Projekte im Auftrag der EKA*). Weitere Aktivitäten sind in Planung. Insbesondere ist auf die nationale Jahrestagung „Integration und Habitat“ vom 11. November in Bern hinzuweisen. Infos Adrian.Gerber@imes.admin.ch

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Bundesebene

EKA

**Integrations-
förderung**

Ausschreibung 2004 auf der Basis des neuen Schwerpunkteprogramms 2004-2007 (www.eka-cfe.ch/d/integration.asp) ist auf einen grossen Widerhall gestossen. Bis heute wurden 610 Projektgesuche eingereicht, bis Ende Jahr rechnen wir mit über 650 Gesuchen. Dies sind rund 15 Prozent mehr als 2003 und etwa 30 Prozent mehr als im Durchschnitt der ersten drei Jahre. Zu den angestrebten Zielen bezüglich der Umsetzung des Programmes: Das Ziel der schnelleren Gesuchsbearbeitung konnte erreicht werden. Alle Trägerschaften werden innerhalb der angekündigten Frist über den Entscheid informiert (mit Ausnahme des Schwerpunktes A beträgt diese ca. 3 Monate). Das Ziel der Zusammenarbeit mit den Integrationsdelegierten bei der Entscheidungsfindung in den Schwerpunkten A und C konnte erreicht werden. Dabei kann allerdings (noch) nicht immer auf regionale Konzepte zurückgegriffen werden. Allgemein ist zu sagen, dass die neuen Arbeitsabläufe für das Sekretariat der EKA sehr aufwändig sind und unter grossem Zeitdruck stehen. Eine vertiefte Auswertung in dieser Hinsicht erfolgt im Sommer 2004. Zu den einzelnen Schwerpunkten: Das Ziel der verstärkten Professionalisierung im Schwerpunkt A (Sprach- und Integrationskurse) wird voraussichtlich erreicht. Die Umsetzung des Schwerpunktes B1 (Fortbildung von Schlüsselpersonen) ist gut gestartet. Das Potenzial ist jedoch noch nicht ausgeschöpft. Der Aufbau des Schwerpunktes B2 (Institutionen öffnen) verläuft wie erwartet relativ langsam. Die EKA ist hier auch inhaltlich gefordert. Der Schwerpunkt C (Zusammenleben erleichtern) ist mit 386 Projektgesuchen quantitativ sehr erfolgreich. Das Sekretariat erwartet in Zukunft aber noch innovativere Projekte – z.B. gemeinsame Aktivitäten von Teilnehmenden ausländischer und schweizerischer Herkunft. Die Leistungen der Kompetenzzentren Integration sind definiert, die Verhandlungen für die neuen Leistungsverträge im Schwerpunkt D1 (Kompetenzzentren/Ausländerdienste) eingeleitet. Die Leistungen der Vermittlungsstellen sind definiert. Die Einladung zur Gesuchseingabe im Schwerpunkt D2 (Kompetenzzentren/Sprachmittler) erfolgt Mitte Mai 2004. Im Rahmen des Schwerpunktes E konnten einige interessante Projekte unterstützt werden. Teilweise werden diese durch das Sekretariat der **EKA** aktiv begleitet.

Christof.Meier@imes.admin.ch, eka-cfe@imes.admin.ch

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Bundesebene

EKA

terra cognita

Die Nummer 5 von terra cognita, der Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration, erscheint im Oktober 2004. Sie ist dem Thema "Integration und Habitat" gewidmet. Ein Gratisabonnement der halbjährlich erscheinenden Zeitschrift kann bei der **Eidgenössischen Ausländerkommission (EKA)** bestellt werden: eka-cfe@imes.admin.ch, www.terra-cognita.ch

BAG

Bundesstrategie „Migration und Gesundheit 2002 – 2006“ neu online: www.miges.ch

Mit dem neuen Internetauftritt www.miges.ch wurde im Bereich „Migration und Gesundheit“ ein neuer Meilenstein erreicht. Die im Rahmen der Bundesstrategie „Migration und Gesundheit 2002 – 2006“ neu lancierte Website www.miges.ch ist als aktuelles, vernetztes, zentrales und umfassendes Informationsmittel die erste Anlaufstelle für den Bereich Migration und Gesundheit. Inhaltlich werden Themen von A-Z zum Bereich Migration und Gesundheit aufgegriffen. Darunter finden sich auch Projekte und Vorhaben der aus der Bundesstrategie bekannten fünf Interventionsachsen, die umgesetzt werden: U.a. sind dies das Gesundheitsmonitoring der schweizerischen Migrationsbevölkerung (GMM), Migrant-Friendly Hospitals (MFH – Spitalnetzwerk für die Migrationsbevölkerung), Infodrehscheibe miges+ (Internet-Aufschaltung dieses Jahr), Analyse der Ressourcen von MigrantInnen-Netzwerken im Hinblick auf die Strategie „Migration und Gesundheit“ (Infras), das Projekt SUPPORT für gesundheitsfördernde Projekte von MigrantInnen (Radix), Sexuelle und reproduktive Gesundheit (IAMANEH Schweiz) sowie Zertifizierung für interkulturelle ÜbersetzerInnen (Interpret'). Die Website www.miges.ch erhebt den Anspruch, benutzerfreundlich zu sein; sie bietet einem breiten Fachpublikum konzentrierte Informationen und Dienstleistungen an. Informationen: Fachstelle Migration und Gesundheit, **Bundesamt für Gesundheit (BAG)**, 3003 Bern, Tel. 031 323 30 15, migrationundgesundheit@bag.admin.ch, www.suchtundaids.bag.admin.ch/themen/migration, www.miges.ch

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Bundesebene

BFF

"DER ROTE FADEN für Flüchtlinge - Ein Leitfaden durch die Schweiz,,

Die Informationsbroschüre "DER ROTE FADEN für Flüchtlinge - Ein Leitfaden durch die Schweiz" kann seit Anfang 2004 beim **Bundesamt für Flüchtlinge (BFF)** bestellt werden. Die Publikation gibt in leicht verständlicher Form Auskunft über die politischen und sozialen Strukturen der Schweiz, erklärt Sachverhalte und vermittelt Adressen der zuständigen Behörden und Institutionen. Das Informationsbulletin soll es den Flüchtlingen erleichtern, sich in der Schweiz zu integrieren. Bestellen: www.asyl.admin.ch/deutsch/publ2d.htm
Informationen: ferdinanda.cunico@bff.admin.ch

FRS

Der Fonds Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte hat bis 2005 die Möglichkeit, Projekte zu unterstützen!

Bis 2005 unterstützt der Fonds Projekte gegen Rassismus und für Menschenrechte Projekte in den Bereichen Sensibilisierung, Prävention und Bildung, die sich dem Einsatz gegen Rassismus und der Förderung der Menschenrechte widmen. Die Projekte müssen sich ausdrücklich mit den Themen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Menschenrechtsförderung auseinandersetzen.
Ausschreibung 2005 → Nachhaltig wirken: Für Menschenrechte und gegen Diskriminierung im Alltag. Menschenrechte betreffen uns alle, tagtäglich, auch in der Schweiz. Aus der Sicht der Opfer ist Diskriminierung verletzend und benachteiligend. Wir müssen lernen, Diskriminierungen im Alltag zu erkennen, um die Menschenrechte zu verteidigen. Mit der Ausschreibung 2005 werden deshalb bevorzugt Projekte unterstützt, die einen konkreten Beitrag zur stärkeren Verankerung der Menschenrechte und der Nichtdiskriminierung im Alltag liefern. Ausschreibung 2005 – «Nachhaltig wirken: Für Menschenrechte und gegen Diskriminierung im Alltag»
Eingabeterminen: 18.10.2004 / 1.5.2005 / 17.10.2005
Wie kann ich ein Projekt einreichen? Für Gesuche ist das Antragsformular zu verwenden. Gesuchsunterlagen können telefonisch, schriftlich oder per E-Mail bestellt oder vom Internet heruntergeladen werden. Informationen: **Fachstelle für Rassismusbekämpfung**, Generalsekretariat Eidgenössisches Departement des Innern, 3003 Bern, Tel. 031 324 10 33, Fax 031 322 44 37, ara@gs-edi.admin.ch, www.edi.admin.ch/ara, www.edi.admin.ch/projektfonds

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Kantone

KANTON AARGAU

Regierung schickt Integrationsbotschaft ans Parlament

Nach Auswertung der Anhörung verabschiedete die Aargauische Regierung am 30. April 2004 die „Botschaft Integration“ zuhanden des Grossen Rates. Darin sind die Ausgangslage, der Handlungsbedarf, Leitsätze und eine Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Ausländerrecht (EGAR) dargelegt. Mit dieser Gesetzesergänzung soll die Integrationsförderung ins ordentliche Budget der Regierung aufgenommen werden. Zudem ist vorgesehen, dass eine verwaltungsunabhängige Fachstelle (Kompetenzzentrum gemäss Schwerpunkt D1) und eine regierungsrätliche Kommission den Integrationsprozess operativ und fachlich unterstützen. Der Grosse Rat wird voraussichtlich in diesem Sommer darüber beraten. Information: Migrationsamt Kanton Aargau, Koordinationsstelle für Integration, Bahnhofstrasse 86-88, 5001 Aarau, Tel. 062 835 18 95, E-mail: felix.huerlimann@ag.ch, www.ag.ch/migrationsamt Botschaft, EGAR

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

KANTON BS/BL

Liebe kennt keine Grenzen

„Wenn die Liebe dir winkt, folge ihr - sind ihre Wege auch schwer und steil“ (K.Gibran). Die Liebe ist einer der Hauptgründe für Migration. Jede dritte Ehe in der Schweiz ist binational. Es gibt wohl kein Erfolgsrezept für das Gelingen solcher Partnerschaften. In der 9.Migrationszeitung sprechen vier Paare über ihren persönlichen Weg – der nicht immer zueinander führte. Was tun, wenn Konflikte in Familien eskalieren und zu häuslicher Gewalt führen? Welche Wege stehen einer Migrantin und Mutter nach einer Scheidung offen? Auch hier bietet die Zeitung Einblicke, Informationen und Kontaktadressen. Die Verbindung von Fakten, Interviews mit Fachleuten und persönliche Schilderungen von Migrantenfamilien und –paaren machen die Migrationszeitung zu einer spannenden Lektüre, die unterhält und informiert. Am 6. April 2004 wurde sie der Presse und Öffentlichkeit vorgestellt. Auch diese Ausgabe ist Teil der bikantonalen Integrationskampagne „Tatsachen gegen Vorurteile“. Informationen: „Integration Basel“, Kantonale Integrationsstelle. PMD Spiegelhof 64001 Basel www.welcome-to-basel.bs.ch

Kantone

KANTON BERN

Erste Konferenz der Integrationsbeauftragten von Städten, Gemeinden und des Kantons

Am 29. Juni 2004 treffen sich erstmals die Beauftragten und die Interessierten für Integrationsfragen der Städte und Gemeinden auf Einladung des Leiters der kantonalen Fachstelle Integration. Diese Fachstelle wurde Ende 2003 geschaffen und damit beauftragt, Integrationsaufgaben im Kanton und in der kantonalen Verwaltung zu koordinieren. Anlässlich dieser ersten kantonalen Integrationskonferenz wird darüber informiert, welche Mittel aus dem Förderprogramm der Eidg. Ausländerkommission an Projekte im Kanton Bern geleistet werden. Weitere Schwerpunkte sind der Bericht der Koordinationsstelle für Integration der Stadt Bern über ihre Tätigkeiten und die Leitbildarbeiten in der Stadt Burgdorf. Schliesslich sollen erste Skizzen zu einem kantonalen Leitbild Integration vorgestellt und diskutiert werden. Informationen: Roland Beeri, Leiter Fachstelle Integration, Tel. 031 633 78 40 roland.beeri@gef.be.ch

KANTON NEUENBURG

Die Haltung des Kantons Neuenburg in der Debatte über das Tragen des islamischen Kopftuchs

Vor kurzem ist in den öffentlichen Schulen Frankreichs das Tragen des islamischen Kopftuchs verboten worden. Dieselbe Kontroverse findet heute auch in der Schweiz statt. Die Arbeitsgemeinschaft für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer hat diese Frage neulich diskutiert und dabei bestätigt gefunden, dass die Linie der Öffnung und der Toleranz, die im Kanton Neuenburg (neben dem Kanton Genf der zweite laizistische Schweizerkanton) den öffentlichen Diskurs prägt, wohlbegründet und berechtigt ist. Gelebt und angewendet wird hier ein Laizismus der Integration, nicht des Ausschlusses. Zum Laizismus verpflichtet sind der Staat und seine Funktionäre, nicht aber die Schüler/innen oder die Bürger/innen in ihrer Beziehung zum Staat. Klare Grenzen sind der Religionsfreiheit allerdings dort zu setzen, wo Kinder misshandelt und grundlegende Menschenrechte verletzt werden oder auch in Fällen, in denen der Staat die Erfüllung wichtiger Aufgaben (zum Beispiel die Aufrechterhaltung des öffentlichen Schulunterrichts) nicht mehr garantieren kann. Informationen: Bureau du délégué aux étrangers, Rue du parc 119, 2300 La Chaux-de-Fonds tél. 032 919 74 42, fax: 032 919 62 49 www.ne.ch/migrationsetintegration

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Kantone

KANTON NEUENBURG

**Informations-
veranstaltungen
für die Ausländer-
gemeinschaften im
Hinblick auf die
nächsten
Gemeindewahlen
im Kanton
Neuenburg**

Im Kanton Neuenburg besitzen die Ausländer das Stimm- und Wahlrecht seit 1848. Die nächsten Gemeindewahlen finden in allen 62 Neuenburger Gemeinden am 6. Juni 2004 statt. Um das Interesse an der Ausübung des Stimm- und Wahlrechts zu fördern, veranstalten die Arbeitsgemeinschaft für die Integration der Ausländerinnen und Ausländer (Communauté de travail pour l'intégration des étrangers, CTIE) und das Büro des Integrationsdelegierten in Zusammenarbeit mit den Kanzleien der Städte und dem Sekretariat der Region Val-de-Travers für die Ausländergemeinschaften vier Informationsveranstaltungen. In diesem Zusammenhang ist eine Broschüre über das Funktionieren und die Rolle der Gemeinde innerhalb des schweizerischen staatspolitischen Systems geschaffen worden. Sie wurde in acht Sprachen (Albanisch, Deutsch, Englisch, Italienisch, Portugiesisch, Serbokroatisch, Spanisch und Türkisch) übersetzt und kann bei der nachstehenden Adresse bestellt werden. Bureau du délégué aux étrangers, Rue du parc 119, 2300 La Chaux-de-Fonds, tél. 032 919 74 42 / fax: 032 919 62 49
www.ne.ch/migrationsetintegration

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

KANTON ST. GALLEN

**Mit Vielfalt
gewinnen -
St.Galler Leitfaden
zur Integration am
Arbeitsplatz**

Das Institut für Führung und Personalmanagement der Universität St.Gallen untersuchte im Auftrag des Kantons St.Gallen, welches Integrationspotential dem Arbeitsplatz zukommt und welche Handlungsmöglichkeiten konkret gegeben sind. Die Studie, die sich auf die konkreten Erfahrungen von KMUs in der Ostschweiz stützt, kommt im Wesentlichen zu ähnlichen Aussagen wie die Studie von Travail.Suisse. Die St.Galler Studie rückt den betriebswirtschaftlichen Nutzen ins Zentrum, da die Verbesserung der Integration am Arbeitsplatz in den KMUs nur dann nachhaltig gepflegt wird, wenn sie sich rechnet. Die Empfehlungen der Studie liegen nun in der Form eines Leitfadens vor. Die elektronische Version steht im St.Galler Integrationsnetz www.enzian.ch (Rubrik Hilfsmittel), die gedruckte kann bei der Koordinationsstelle für Integration bestellt werden. Die Studie selber ist ebenfalls auf dem Netz greifbar: www.ifmd.org (Rubrik Projekte). Infos: Koordinationsstelle für Integration, Departement des Innern, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen, 071 229 33 02, beda.meier@sg.ch, www.enzian.ch

Gemeinden / Städte / Regionen

STADT BERN

Neu im Internet:
www.integration.bern.ch

Die Koordinationsstelle für Integration der Stadt Bern hat unter www.integration.bern.ch neu eine Informationsdreh Scheibe aufgeschaltet. Neben einem Porträt der Aufgaben der Koordinationsstelle können zahlreiche Auskünfte zu aktuellen Integrationsfragen und nützliche Links abgerufen werden. Damit wird der Zugang zu Informationen, die für die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung wichtig sind, verbessert und erleichtert. Demselben Ziel dienen auch die Erstinformationen, die unter „neu zuziehen“ auf www.bern.ch in Deutsch, Französisch, Englisch und Italienisch ab sofort verfügbar sind. Soeben erschienen ist auch der *Informationsflyer der Koordinationsstelle für Integration*, der nützliche Hinweise enthält, wie man sich über Integrationsthemen informieren und dokumentieren kann. Der Informationsflyer sowie ein *Newsletter* mit aktuellen Hinweisen können bezogen werden bei: Direktion für Bildung, Umwelt und Integration, Koordinationsstelle für Integration, Effingerstr. 21, 3011 Bern.

Auskunft: Gerda Hauck, Leiterin Koordinationsstelle für Integration, Tel. 031 321 69 63, Direktion, Effingerstrasse 21 / «Meer-Haus», Postfach 8125, 3001 Bern, Telefon 031 321 64 33, Fax 031 321 72 78, bui@bern.ch www.bern.ch

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

**Mitarbeiterzeitung
 der Stadt-
 verwaltung Bern
 MAZ - Ausgabe
 vom 19.05.2004**

Schwerpunktthema: "Was macht die Stadt Bern eigentlich für ihre fremdsprachigen BürgerInnen oder MitarbeiterInnen?„ Der Anteil an Fremdsprachigen nimmt auch in der Stadt Bern zu. Mit der Amtssprache Deutsch allein lassen sich je länger desto weniger alle Personenkreise verlässlich erreichen. Wie geht die Stadt Bern mit dieser Tatsache um? Was macht sie für ihre fremdsprachigen Bürgerinnen und Bürger bzw. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Ein Einblick zeigt: Sie macht einiges! Die Stadt setzt zum Beispiel MigrantInnen im Schriftenwesen der Fremdenpolizei ein. Diese sind mehrsprachig und bringen aufgrund des eigenen Migrationshintergrundes Verständnis für Anliegen von Fremdsprachigen mit. Die Stadt organisiert ferner Deutschkurse für fremdsprachige Mitarbeitende, aber auch für Rentnerinnen und Rentner. Die Zeitschrift (MAZ) kann unter MAZ@bern.ch bestellt werden. Kontaktadresse: Peter.brand@bern.ch

Gemeinden / Städte / Regionen

STADT BERN

Alters- und Versicherungsamt der Stadt Bern – Internet- einführungskurs von Frau zu Frau

Zum zweiten Mal findet im April und Mai 2004 ein spezieller Internetkurs für Seniorinnen statt. Junge Frauen zwischen 14 und 20 Jahren zeigen den Newcomerinnen ab 60, wie's funktioniert. Die Abfahrtszeiten für's Gurtebähnli rausfinden? Die Ferienwohnung online buchen? Für die 24 Teilnehmerinnen ist das nach dem Kurs kein Problem mehr. Im direkten Kontakt, one to one gewissermassen, instruieren 12 junge Frauen interessierte Seniorinnen im Surfen und Mailen. Bewusst will "Frauen an die Mäuse" auch jungen Migrantinnen die Chance geben, ihr Knowhow weiterzugeben, Erfahrungen zu sammeln und neue Kontakte zu knüpfen. Über das Projekt AMIE, ein berufsvorbereitendes Ausbildungsjahr für Ausländerinnen, die sich für technische und technologische Berufe interessieren, waren die vier hochmotivierten und versierten Cybergirls schnell gefunden. Infos: Fachstelle für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt, Stefanie Brander, Junkerngasse 56, Postfach 3000 Bern 8, Tel. 031 321 62 91/2, gleichstellung@bern.ch

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Spanischsprachige Migrantinnen und Migranten in der Stadt Bern und Umgebung - wer sind sie, was sind ihre Zukunftspläne, wie kann ihre Integration gefördert werden?

Ziel der Recherche war es, die Situation der spanischsprachigen Migrantinnen und Migranten in der Stadt Bern und Umgebung genauer zu untersuchen und mögliche Vorschläge zur Verbesserung ihrer Integration auszuarbeiten. Die Arbeit soll einen Überblick über den Grad der Integration der ersten Generation spanischsprachiger Migrantinnen und Migranten sowie über ihre Bedürfnisse und Wünsche geben. Es werden Vorschläge für die Schaffung eines Grundangebotes gemacht, damit in einem weiteren Schritt spezifische Angebote erarbeitet bzw. Hilfeleistungen angeboten werden können, die eine bessere Einbindung der Migrationsbevölkerung in unsere Gesellschaft sicherstellen. Die Studie von Sarah Amrein kann bei der Fachstelle Sozialarbeit der kath. Kirche Bern bezogen werden kann. Informationen: Fachstelle Sozialarbeit der katholischen Kirche Bern (FASA), Mittelstrasse 6a, 3012 Bern, Telefon 031 300 33 48, email: fasa.bern@kathbern.ch

Gemeinden / Städte / Regionen

STADT BIEL

Neue Projektstelle Integration

Am 1. Dezember 2003 nahm die Projektstelle Integration ihre Arbeit auf – mit dem Ziel, in der Stadt Biel ein integrationsfreundliches Klima zu schaffen. Die Stelle ist mit 50 % dotiert und auf zwei Jahre befristet. Projektleiterin ist Bettina Bergner. Nach einer gründlichen Bedarfs- und Ressourcen-Analyse sowie ersten Vernetzungs- und Koordinationsbestrebungen wurden schwerpunktmässige Grundsteine gelegt. Die prioritär lancierten Projekte sollen grundsätzlich niederschwellige Zugänge erleichtern und die bewusste Öffnung von Institutionen und Verwaltung fördern. Informationen: Bettina Bergner, SKD, Zentralstr. 62, 2502 BielTel. 032 / 326 14 14 / bettina.bergner@biel-bienne.ch

Pressemitteilung

Bestandes- aufnahme – Integration der Jugendlichen aus dem Balkan in der Stadt Biel

In Biel-Bienne leben rund 500 Jugendliche, deren Herkunftsland (bzw. das ihrer Eltern) in Südosteuropa liegt. In Gesprächen mit 23 Jugendlichen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Mazedonien präsentiert die „Bestandesaufnahme – Integration der Jugendlichen aus dem Balkan in der Stadt Biel“ Vorstellungen und Anliegen der Bieler ‚Balkan-Jugend‘ betreffend ihrer Zukunft, ihrer Integration und des interkulturellen Zusammenlebens in Biel. Interviews mit Fachpersonen aus Schule und Jugendarbeit ergänzen und kommentieren die Erfahrungsberichte und Selbstdarstellungen der Jugendlichen. Das Dokument, das die SAD in Zusammenarbeit mit MEKULA Ende 2003 erstellt hat, umfasst einen Synthesebericht, Gesprächsprotokolle und Empfehlungen der Interviewten. Es ist eine Einladung, jugendliche Migranten bzw. Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Integrationsdebatte verstärkt selbst zu Wort kommen zu lassen. Das Dokument findet sich unter: www.sad.ch/sad.floor.ch/.data/sad/content/doc1/20.pdf, , Infos: Centre de dialogue interculturel, Accadémie Suisse pour le developpement, Tel. 032/344 30 50

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Gemeinden / Städte / Regionen

STADT ST. GALLEN

**12. Juni 2004,
Integrations- und
Begegnungstag in
St.Gallen**

Rund um's Waaghaus im Zentrum der Stadt findet das diesjährige Integrationsforum mit Informationsbazar und kulinarischem und kulturellem Rahmenprogramm statt (Plattform für die interkulturelle Entwicklung in der Stadt St.Gallen). Thema der Forumsdebatte ist: Das Quartier - eine vernetzte Gemeinschaft. Vom Zusammenspiel von einheimischen und ausländischen Quartierbewohnern, Schule, Quartierorganisationen, NGO's und Behördenstellen in der Quartierentwicklung! Infos: Tel. 071 224 56 99

www.allerart.ch/begegnungstag.html
peter.tobler@sg.ch

**Integrationsstelle
schliesst
Leistungsverein-
barung mit der
internationalen
Frauengruppe
AMIGAS ab**

Unter dem Motto "Information ist Integration" will das Projekt "Informationskiosk" an publikumsfrequentierten Stellen Basisinformationen zur Integration unter die Bevölkerung bringen. Zu den Basisinformationen gehören ein Adressverzeichnis der wichtigsten Fach- und Behördenstellen der Stadt St.Gallen, eine Übersicht über die aktuellen Deutschkursangebote sowie Veranstaltungshinweise. Die internationale Frauengruppe AMIGAS von der Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen ARGE ist mit der Betreuung dieser Informationskioske betraut; ihre Mitglieder stehen der ausländischen Bevölkerung als Kontaktpersonen vor Ort zur Verfügung. Im Weiteren stehen die AMIGAS-Frauen den Neuzuzügerinnen auch als sprach- und kulturkompetente Kontaktpersonen zur Verfügung. An der St.Galler Begrüssungsparty für Neuzuzügerinnen und -zuzüger betreiben die AMIGAS-Frauen zusammen mit der Integrationsstelle einen Kontaktstand. Diese Aufgaben hat die Integrationsstelle in einer Leistungsvereinbarung mit der Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen ausformuliert. Informationen: Tel. 071 224 56 99.

www.stadt.sg.ch/soziales_netz/integration.html
peter.tobler@sg.ch

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Internationales

DEUTSCHLAND

Einigung beim Zuwanderungs- gesetz

Die Regierung und Opposition haben sich auf Grundlinien für ein Zuwanderungsgesetz geeinigt. Über die meisten Regelungen des Zuwanderungsgesetzes konnte nun nach jahrelanger Debatte Einigkeit erzielt werden. Unter anderem soll es erstmals einen gesetzlichen Anspruch auf staatliche Integrationsangebote (Sprachkurse, Einführungen in die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte Deutschlands) geben. Die Kosten dafür werden vom Bund übernommen. Bei nicht ordnungsmässiger Teilnahme, können Sanktionen verhängt werden. Ziel ist es, bis spätestens am 30. Juni im Vermittlungsausschuss einen Beschluss zu erreichen. Die erzielten Kompromisse sollen dabei nicht mehr verhandelt werden. Mehr dazu: www.bundesregierung.de/-,413.649065/artikel/Einigung-beim-Zuwanderungsgese.htm
www.reuters.de/newsPackageArticle.jhtml?type=politicsNews&storyID=517557§ion=news
www.bundesregierung.de/servlet/init.cms.layout.LayoutServlet?global_naviknoten=413&link=bpa_notiz_druck&global.printview=2&link.docs=657762

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Land Baden- Württemberg beschliesst Kopftuchverbot

Als erstes Bundesland hatte Anfang April Baden-Württemberg muslimischen Lehrerinnen das Tragen von Kopftüchern an öffentlichen Schulen verboten. Diese Regelung basiert auf einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Das oberste deutsche Gericht hatte am 24. September 2003 festgestellt, dass ein Verbot für Lehrkräfte, in Schule und Unterricht ein Kopftuch zu tragen, eine gesetzliche Regelung in den Ländern voraussetzt. Pressemitteilung: www.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php?id=52975&template=bwd_det1_zum_drucken

Forschung

Chancenungleichheit bei der Lehrstellen-suche – Der Einfluss von Schule, Herkunft und Geschlecht
Urs Haeberlin, Christian Imdorf, Winfried Kronig

Die kürzlich im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 43 "Bildung und Beschäftigung" erschienene Studie interessierte sich dafür, wie die schulische Qualifizierung und der Erfolg beim Suchen einer Lehrstelle zusammenhängen. Die zentrale Frage lautete: Wirkt sich die Nationalität und das Geschlecht der Schulabgängerinnen und Schulabgänger auf den Erfolg in der Schule und bei der Lehrstellen-suche aus? Hängt der Erfolg wirklich nur von der Begabung und der Leistung ab, wie immer wieder behauptet wird, oder werden Jugendliche unterschiedlicher Herkunft und infolge ihres Geschlechts benachteiligt? Die Ergebnisse belegen beim Übergang von der Schule in die Berufsbildung eine Benachteiligung ausländischer Jugendlicher und der Mädchen allgemein und der ausländischen im Besonderen. Informationen: www.nfp43.unibe.ch/PDF/synthesis7.pdf
www.nfp43.unibe.ch/documentation/synthesis.htm
www.snf.ch/de/rep/nat/nat_nrp_43.asp

Studie Tree (Transition von der Erstausbildung ins Erwerbsleben) publiziert vom Bundesamt für Statistik

Gemäss der Studie Tree vollziehen rund ein Viertel aller schulentlassenen Jugendlichen in der Schweiz den Übergang von der obligatorischen Schule in eine Lehre oder eine weiterführende Schule heute nicht auf dem direkten Weg, sondern über eine Zwischenlösung wie 10. Schuljahr, Motivationssemester, Vorlehre, Praktikum oder Welschlandjahr. Die Studie zeigt im Weiteren, dass Jugendliche aus bescheidenen sozialen Verhältnissen, junge Migrantinnen und Migranten sowie Realschülerinnen und -schüler verminderte Einstiegschancen in nachobligatorische Ausbildungen haben. Informationen: www.tree-ch.ch,
www.statistik.admin.ch/news/pm/0350-0401-50.pdf

ICMPD-Projekt "Integration measures and voluntary measures" - Beteiligung der Schweiz

Die Schweiz nimmt am ICMPD-Projekt "Integration measures and voluntary measures" teil. Dabei werden Integrationsvereinbarungen, Integrationsverträge und Programme obligatorischer Natur für Neuankömmlinge freiwilligen, auf Anreizsystemen basierenden Integrationsmassnahmen vergleichend gegenübergestellt. Beteiligte Staaten am Forschungsprojekt sind nebst der Schweiz die Niederlande, Deutschland und Frankreich. Projektdauer: 1.4.2004 bis 31.5.2005. Infos: simone.gretlerheusser@imes.admin.ch, www.icmpd.org/

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

Agenda/Verschiedenes

**Nationale
Fachtagung
Migration und
Sucht – eine
Realität auch in der
Schweiz
16. September
2004 in Bern**

Sind die Suchthilfeinstitutionen auf das Thema Migration und Sucht vorbereitet? Mehr noch, sind sie überhaupt kompetent, mit der Regelversorgung auch die Migrationsbevölkerung anzusprechen? Oder haben sie mit ihren Strukturen, Beratungssettings und Konzepten keine adäquate Antwort auf diese Probleme und schliessen damit die Migrationsbevölkerung aus?

Das Projekt Migration und Sucht des Contact Netz hat während der letzten 3 Jahre in Theorie und Praxis diese Auseinandersetzung geführt. Die Erfahrungen und Resultate daraus stehen an der Tagung im Zentrum und können auf andere Beratungsbereiche übertragen werden

16. September 2004, Hotel Kreuz, Bern

Anmeldung bis am 15. August 2004

Information: Sekretariat Contact Netz, Monbijoustr. 70, Postfach, 3000 Bern 23, Tel. 031 / 378 22 22, sylvialunga@contact-bern.ch, www.contactnetz.ch

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

**9. Metropolis
Konferenz in Genf
27. September –
1. Oktober 2004**

Die 9. Internationale Metropolis Konferenz findet vom 27. September bis am 1. Oktober 2004 in Genf statt. Das Ziel der Metropolis Konferenzen ist es, den Dialog und einen Austausch zu migrationspezifischen Fragen zu ermöglichen. Die Konferenz wird in diesem Jahr durch das Schweizerische Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien (SFM), die Internationale Organisation für Migrationen (OIM) und das Büro für die Integration der Ausländer des Kantons Genf (BIE) in Zusammenarbeit mit Metropolis International und lokalen Partnern organisiert und beschäftigt sich mit dem Thema „Zusammenarbeit und Migrationsführung: Internationale, Nationale und Lokale Antworten“. Dieser Themenbereich wird während der Konferenz im Rahmen verschiedener Plenarsitzungen erörtert und weiter in Workshops vertieft diskutiert. Auch die Eidgenössische Ausländerkommission wird im Rahmen von Metropolis einen Workshop durchführen, dessen Ziel es ist, einen Austausch zu Projekten und Strategien der Integrationsförderung auf einer möglichst praxisnahen Ebene zu führen. Wir laden Sie gerne zur Teilnahme ein. Für detaillierte Informationen www.metropolis2004.ch

Agenda/Verschiedenes

„La Suisse plurielle“ - Fotodokumentation über das Zusammenleben von einheimischer und zugewanderter Bevölkerung Oktober 2004 bis Januar 2005

Das Polit-Forum des Bundes hat ein dreiköpfiges Fotografenteam beauftragt, unter dem Titel „La Suisse plurielle“ das Zusammenleben von einheimischer und zugewanderter Bevölkerung in der Schweiz zu dokumentieren.

Die Bilder werden vom 21. Oktober 2004 bis Ende Januar 2005 in der Ausstellung „La Suisse plurielle“ im Käfigturm in Bern zu sehen sein. Informationen: Andreas Schilter und Michael Fritsche Tel. 031 322 27 84, www.kaefigturm.admin.ch , kaefigturm@bk.admin.ch

Erstausgabe (April 2004) der Zeitschrift Migration Info! des Schweizerischen Roten Kreuzes

Die neue Zeitschrift des Departements Migration des Schweizerischen Roten Kreuz erscheint von nun an zwei Mal jährlich. Sie informiert über die aktuellsten Entwicklungen im Asyl- und Migrationsbereich sowie über die Tätigkeiten des Departements.

Abonniert werden kann die Zeitschrift über folgende E-Mail-Adresse: simon.holdener@redcross.ch , www.redcross.ch/activities/migration/news/news_html?newsid=738217212541

INHALT

Bundesebene	2
Kantone	7
Gemeinden/ Städte/ Regionen	10
Internationales	14
Forschung	15
Agenda/ Verschiedenes	16

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES), Sektion Integration, Quellenweg 9, 3003 Bern-Wabern in Zusammenarbeit mit der Schweizerische Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten (KID), Verantwortlich: Stephanie Zbinden, Tel. 031 322 50 88

Uebersetzungen/Lektorat: Anne-Marie Bays (f), Sara Schneider (i), Thomas Busset (f), Walter Herzig (d)

Abonnieren: newsletter.intergration@imes.admin.ch